

ALPENVEREIN

Schneeschuhwanderung auf den Margelchopf

Diese anspruchsvolle Schneeschuhwanderung startet beim Berghaus vom Buchser-Malbun. Über Unter- und Obersäss erreicht man den Sisitzgrat 2016 m. Von dort gehts immer steiler werdend auf den Gipfel des Margelchopfs 2163 m. Die Gehzeit beträgt im Aufstieg ca. 2 1/2 Stunden. Gutes Schuhwerk und Stöcke sind notwendig. Verpflegung aus dem Rucksack.

Abfahrt am Samstag, den 1. Februar um 8 Uhr nordseitig der Post in Schaan, ehemals Buurabund. Auskünfte erteilt Tourenleiter Hubert Vogt am Freitagabend ab 18 Uhr unter Tel. 078/600 08 89.

Skitour auf den Piz Titschal

Die nächste Tour startet in Obersaxen/St. Martin 1343 m. Bestiegen wird der Piz Titschal 2550 m, der letzte der einst langen Reihe klassischer Obersaxer Skiberge, der noch nicht mit Skiliftanlagen erschlossen wurde.

Der Aufstieg führt vorbei an der Meiensäss-Siedlung Wasmen. Südwärts durch eine Waldschneise erreicht man die Vorderalp 2010 m. Über den Rossbodensee in den Hang Tschüggen und dann dem NE-Grat folgend steigt man zum Gipfel, der einen schönen Blick auf die Tödigruppe bietet. Für die 1220 Hm rechnet man mit ca. 4 Stunden.

Abfahrt: Sonntag, den 2. Februar um 7.30 Uhr beim Parkplatz Schwimmbad Mühleholz und 7.45 Uhr beim Parkplatz vor der Rheinbrücke in Balzers. Auskünfte erteilt Tourenführer Walter Seger am Samstagabend ab 19 Uhr unter Tel. 232 37 60.

Liechtensteiner Alpenverein

FAHRTRAINING

Sport- und Perfektionsfahrtraining auf Schnee



VADUZ - In Zusammenarbeit mit der SDS (now-driver-school) bietet das STL (Sportteam Liechtenstein) und der ACFL (Autobildclub des Fürstentum Liechtensteins) einen Fahrkurs in Samedan (Engadin) auf Schnee an. Der ACFL und das STL haben zwei Termine für diesen Anlass reserviert: Für den Grundkurs ist der Samstag, der 8. Februar vorgesehen und am Sonntag, den 9. Februar 2003 ist der Sportfahrerkurs eingeplant. Die SDS unterhält für jedermann in den Monaten Januar und Februar 2003 eine Fahrpiste für Fahrtrainings.

Sie haben die Möglichkeit, an einem oder zwei ganzen Tagen unter fachkundiger Führung von Hans Egger (Trainer der SDS) ihre Fahrtechnik mit besonderen Vorgaben (anstellen, vorschwingen, querbremmen usw.) auszufeilen und zu perfektionieren. Weitere Informationen und Anmeldungen erhalten Sie beim Sekretariat des ACFL. Anmeldeschluss ist der 3. 2. 2003. Da die Teilnehmerzahl beschränkt ist (20 Teilnehmer am Samstag und 16 Teilnehmer am Sonntag), werden die Anmeldungen chronologisch angenommen. Kontaktadresse: ACFL / STL, Rätikonstrasse 31, 9490 Vaduz, Tel.: +423 237 67 67, Fax +423 233 30 50. (Eing.)

«Ein Sieg der Vernunft»

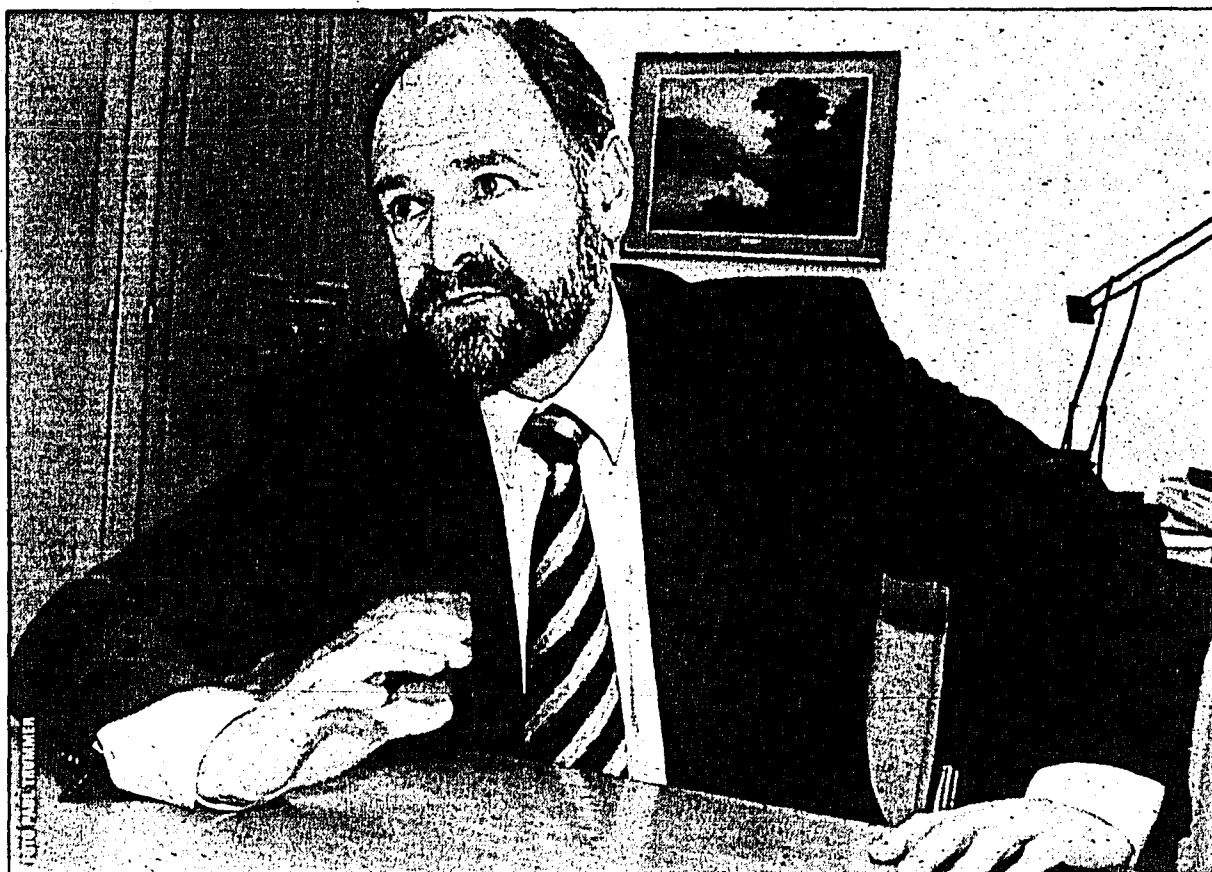
Wie Aussenminister Ernst Walch die Europarats-Thematik bewertet

VADUZ - «Hätte die Parlamentarische Versammlung eine Isolation gesehen, dann hätte sie diese dringliche Debatte durchgeführt», sagt Aussenminister Ernst Walch.

• Martin Fremmelt

Volksblatt: VU-Präsident Heinz Frommelt sprach von einem eigenartigen Meinungsumschwung der Regierung, weil sie die Europarats-Debatte zuerst befürwortet habe, dann aber die Ablehnung dieser Debatte in Strassburg mit Genugtuung kommentiert hätte...

Ernst Walch: Wenn der VU-Präsident das behauptet, dann verschweigt er die Hälfte der Wahrheit. Die Regierung war und ist nach wie vor der Ansicht, dass diese Verfassungsrevision keine



«Ein Sieg der Vernunft und einer realistischen Einschätzung der Situation»: Aussenminister Ernst Walch.

NUR DIE HALBE WAHRHEIT

Thematik für die Parlamentarische Versammlung des Europarates ist, sondern durch das Volk in Liechtenstein zu entscheiden ist. Ich habe aber im Landtag gesagt, wenn der Europarat die Initiative in irgend einer Form behandeln oder darüber gar entscheiden sollte, dann wolle ich das in öffentlicher Debatte und dann würde ich mich freuen, unsere Position vertreten zu können. Das war die Aussage.

Ein Vertreter der Opposition sagte, die Regierung könne die Ablehnung der Dringlichkeitsdebatte nicht als Erfolg ansehen: Wie beurteilen Sie das?

Die Frage war doch, ob die Meinung jener Liechtensteiner, welche gegen die Initiative des Fürsten sind, oder ob die Ansicht derer, welche wie die Regierung und viele andere auch der Meinung sind, dass dieses Thema nicht in eine Dringlichkeitsdebatte des Europarates gehört, die Oberhand gewinnt. Jetzt ist in Strassburg halt zu Gunsten unserer Ansicht entschieden worden. Dieser Entscheid ist nicht direkt ein Sieg für die Regierung, sondern es ist ein Sieg für die Parlamentarische Versammlung; es ist ein Sieg der Vernunft und vor allem einer realistischen Einschätzung der Situation. Und es ist eine Bestätigung eines fairen Vorgehens; eine Bestätigung der Parlamentarischen Versammlung, dass sie auch in der Befassung mit einem Kleinstaat wie Liechtenstein ein faires Prozedere einzuhalten gewillt ist.

Das Demokratie-Sekretariat (De-Se) bedauert die Absage dieser Europarats-Debatte, dadurch hätte man die Chance verpasst, dass das liechtensteinische Volk vor der Abstimmung eine zusätzliche Meinung erhalten hätte...

So wie das Ganze aufgegleist worden ist, und das zeigt auch das Ergebnis der Abstimmung in der Parlamentarischen Versammlung, hätte dies keine zusätzlichen fundierte Erkenntnisse gebracht. Vor dem Hintergrund einer Dringlichkeitsdebatte hätte es keine ausgewogene Meinung geben können, weil eben alles inhaltlich verkürzt war und die notwendigen Informa-

tionen für die Parlamentarier kurzfristig nicht vorhanden gewesen waren. Abgesehen davon hat ja der Europarat indirekt durch die Abstimmung selbst gesagt, dass das ein Thema ist, welches Liechtenstein selbst entscheiden

DIE ENTSCHEIDUNG DES VOLKES

muss. Es ist innerhalb unseres demokratischen Systems die Entscheidung unserer Bevölkerung und nicht die von Experten und Richtern. Unsere Stimmbürger wissen sehr wohl, worum es geht.

Das De-Se behauptet auch, die liechtensteinische Delegationsleiterin hätte die dringliche Debatte gezielt torpediert und Lobbying betrieben...

Es ist eigentlich schade, dass wieder einmal die inhaltliche Diskussion in unserem Land durch eine solche Aktion zugedeckt wird. Wieder geht es um Verfahrensfragen und es werden einem schlechte Absichten und Tricks unterstellt. Man soll doch bei der Sache bleiben.

Ich hoffe sehr und gehe auch davon aus, dass unsere Delegationsleiterin und auch unsere anderen Parlamentarier, die ja schliesslich in Strassburg die Interessen des Landes und der Bevölkerung ver-

MISSBRAUCH DER INSTITUTIONEN

treten, Lobbying gemacht haben. Und zwar im positiven Sinne, nämlich zu erklären, welches die Positionen in unserem Land sind, was die verschiedenen Ansichten sind und, daraus sich ergebend, dass diese Debatte jetzt eben nicht in den Europarat gehört. Insofern war dieses Lobbying ja auch erfolgreich. Gerade durch das Demokratie-Sekretariat wird zum einen die Venedig-Kommission und zum anderen vor allem auch Lord Kilclooney und der Politische Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung, und damit indirekt die Parlamentarische Versammlung

selbst, instrumentalisiert und so der Öffentlichkeit etwas vorgemacht, was so nicht stimmt. Ich meine ganz konkret den behaupteten Bericht von Lord Kilclooney. Das ist ein Missbrauch von Institutionen und Personen zu offensichtlich eigenen Zwecken. Dass man sein Anliegen vertritt, ist legitim, aber doch bitte mit lauterer Mitteln.

Das De-Se sagt, dass durch das Lobbying ein «für Regierung und Landtag vernichtender Bericht» verhindert werden sollte...

Wie schon seitens des Europarates hingewiesen wurde, gibt es diesen Bericht schlichtweg nicht. Es gibt offensichtlich einen Entwurf von Lord Kilclooney, der aber nicht einmal im Politischen Ausschuss diskutiert worden ist. In diesem Zusammenhang verurteile ich die Veröffentlichung durch das De-Se, weil das ein eklatanter Missbrauch der Institutionen und reine Stimmungsmache wider besseres Wissen ist. Der Inhalt ist Spekulation. Weil eben dieser Inhalt so nicht akzeptiert wurde, ist er kein Papier geworden. Ich verurteile nicht nur diese Vorgehensweise des De-Se, sondern auch die Medien, welche das wissen und es dennoch veröffentlichten.

Das De-Se vertritt aber offensichtlich die Ansicht, die Stimmbürger hätten das Recht zu erfahren, dass der Europarat grösste Bedenken gegenüber den Fürstlichen Verfassungsvorschlägen habe und dass die Annahme derselben Liechtenstein in eine äusserst heikle Lage manövriere: Ist das die Meinung des Europarates?

Das ist wirklich ein Spiel, das ich verurteile. Kenner der Materie und des Europarates lassen hier gegenüber Bürgern, die in diesen Details nicht so bewandert sind, wirklich Falschmeldungen heraus. Der Europarat und davon die Parla-

NICHT MEINUNG DES EUROPARATES

mentarische Versammlung hat ja die Debatte abgesetzt und eben

gerade nicht diskutiert! Auf der anderen Seite des Europarates, sprich im Ministerrat, war das überhaupt noch gar nie ein Thema. Wenn man dann schreibt, das sei die Meinung des Europarates, dann ist das schlichtweg falsch! Einzig ein beratendes Gremium der Versammlung, nämlich die Venedig-Kommission, hat eine Stellungnahme abgegeben. Und diese Kommission ist ein Gremium von Rechtsgelehrten und nicht von Politikern. Das Thema der Demokratie-Standards und die Ausgestaltung von Spielarten der Demokratie in Europa ist jedoch eine politische Frage.

Was hat denn letztlich den Ausschlag gegeben, dass die dringliche Debatte abgelehnt worden ist?

Das ist schwer zu sagen. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass, für den, der sich mit dieser Materie vertraut gemacht hat, gerade so ein Berichtsentwurf zur Überzeugung

KEINE GEFAHR EINER ISOLATION

führt, dieses Thema nicht mittels kurzfristiger und kurzer Dringlichkeitsdebatte über das Knie zu brechen. Es kann aber auch sein, dass gerade das Lobbying derer, welche die Dringlichkeitsdebatte so sehr wollten, sich negativ ausgewirkt hat. Offensichtlich waren sie und ihre Argumente zu wenig glaubwürdig.

Wie geht es jetzt weiter: Kommt es zu einer Debatte im April?

Das wissen wir nicht. Das wird allenfalls die Parlamentarische Versammlung entscheiden.

Alt Regierungschef Mario Frick hat in Vorträgen die Ansicht geäußert, die Annahme der Fürstlichen Verfassungsvorschläge sei «der sichere Weg in die Isolation»: Was sagen Sie?

Ich bin dezidiert anderer Ansicht. Das zeigt indirekt auch das Ergebnis im Europarat. Hätte die Parlamentarische Versammlung eine Isolation gesehen, dann hätte sie diese dringliche Debatte durchgeführt.